

Stellungnahme des VBB zu verteidigungspolitischen Forderungen der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“



Das Vertrauen in die Demokratie und staatliche Institutionen hängt maßgeblich davon ab, wie hilfreich die Bürgerinnen und Bürger ihren Staat im Alltag erleben und wie effektiv dieser die politischen Entscheidungen umsetzt. Laut einer Umfrage des Deutschen Beamtenbundes (ddb) aus dem Jahr 2024 glauben fast 70 % der Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat mit seinen Aufgaben überfordert ist. Das Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit befindet sich auf einem historischen Tiefpunkt.

Um die daraus resultierenden Herausforderungen anzugehen, haben die Medienmanagerin und Aufsichtsrätin **Julia Jäkel**, der Staatsrechtler und langjährige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, **Andreas Voßkuhle**, und die ehemaligen Bundesminister **Thomas de Maizière** und **Peer Steinbrück** die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ ins Leben gerufen. Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** war Schirmherr der Initiative.

Die Initiative entwickelte konkrete Vorschläge für ein effektives staatliches Handeln. Der [Abschlussbericht](#) wurde am 14. Juli 2025 veröffentlicht und hat ein breites Medienecho erhalten.

Der VBB hat einige Aspekte aus dem Kapitel „10. SICHERHEIT“ ausgewählt, die für die Erreichung der Ziele der Bundeswehr relevant sein können und einer näheren Betrachtung bedürfen. (Die auszugsweisen Zitate aus dem Bericht sind jeweils kursiv gedruckt und mit Seitenangaben versehen.)

„10. Die sicherheitspolitische Verfassungs- und Rechtslage (Wehrverfassung) wird an die neue Sicherheitslage angepasst (Seite 62).

Konkret schlagen wir vor (Seite 63):

- *Militärische und zivile Verwaltung werden zusammengeführt und integriert.*

- *Eine Reform der Bundeswehr wird im militärischen wie im zivilen Teil nach dem Motto „Weniger Stab, mehr Truppe und Linie“ eingeleitet und umgesetzt.*

Verwirklichungschancen (Seite 69ff)

Verwaltungsreform (Seite 72):

Für den Bereich der allgemeinen Bundesverwaltung haben wir bereits eine ressortübergreifende Verwaltungsreform vorgeschlagen. Diese ist insbesondere für die Bundeswehr notwendig.

Warum? Der Overhead, also Stabsstellen aller Art, ist im Vergleich zu den Stellen in den Truppenteilen überproportional gewachsen. So gibt es zum Beispiel zurzeit 211 Generäle und Admiräle. Diese Zahl ist trotz geschrumpfter Gesamtstärke der Bundeswehr größer als früher. Derzeit dienen rund 182 000 Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr, vor der Wiedervereinigung waren es 400 000 – mit weniger als 200 Generälen und Admirälen.

Mehr noch: Es gibt in der Bundeswehr fast genauso viele Oberstleutnante wie Hauptgefreite, nämlich rund 10 000. Wir schlagen vor, nicht mehr als 30 Prozent des Gesamtpersonals (etwaige Zielgröße) für Führung, Verwaltung und nicht truppenbezogene Unterstützung zu verwenden. Der geplante Aufwuchs der Bundeswehr um bis zu 60 000 Soldatinnen und Soldaten sollte darum Anlass sein, die Bundeswehr nach dem Motto „Weniger Stab, mehr Truppe“ umzustrukturieren.“

Bewertung VBB:

Das Feld Personal/Verwaltung der Bundeswehr wird von der Initiative für so wichtig eingeschätzt, dass es gesondert aufgegriffen wird. Der VBB teilt die Einschätzung der hohen Relevanz dieses Themas für das erfolgreiche Lösen der Zukunftsaufgaben der Bundeswehr.

Interessant ist dabei, dass die Initiative die erste Forderung zur Zusammenführung und Integration der zivilen und militärischen Verwaltung in keiner Weise begründet. Hier scheint der ehemalige Bundesverteidigungsminister de Maizière seine alten Ideen des bundeswehrgemeinsamen Ansatzes weiter verfolgen zu wollen, ohne die neue Lage angemessen zu würdigen. Wir wissen jedoch, dass dieser Ansatz uns in die falsche

Richtung geführt hat und dass viele zu viele Soldatinnen und Soldaten zivile Aufgaben wahrnehmen und dann in der Truppe fehlen. In der Bundeswehr sind die Offiziere überproportional vertreten, was der ehemalige Verteidigungsminister zutreffend feststellt. Hier ist die Analyse nach unserer Auffassung nicht tief genug gegangen, denn dann wäre der offenkundige Zusammenhang deutlich geworden: weil zu viele Offiziere zivile Aufgaben ausüben, stimmt die militärische Personalstruktur nicht mehr. Mit dem bundeswehrgemeinsamen Ansatz begann die Wanderung von Soldatinnen und Soldaten hin zu Verwaltungsaufgaben. Vor dem Hintergrund der knappen militärischen Personalressourcen und dem enormen Fehl in der Truppe, wäre ein gegenteiliger Ansatz das Gebot der Stunde: Aufgaben, wo immer möglich, zivil zu besetzen. Damit stehen wieder mehr Soldatinnen und Soldaten für die Truppe zur Verfügung.

Der VBB lehnt daher diese Forderung der Initiative mit Blick auf unsere Verteidigungsfähigkeit ab.

Die zweite Forderung nach mehr Truppe statt Stab sowie die Stärkung der zivilen operativen Umsetzungsebene - nach unserem Verständnis der Ortsebene - wird von uns hingegen vollumfänglich unterstrichen. Sie entspricht dem im Juni 2025 veröffentlichten Forderungskatalog des VBB für eine leistungsfähige Wehrverwaltung und den bereits mehrfach veröffentlichten Aufforderungen nach Stärkung der Truppe und der zivilen Ortsdienststellen.

Um schneller und effizienter Militärgerät zu beschaffen, muss zwischen NATO- und EU-Staaten ein einfaches, arbeitsteiliges Zulassungsverfahren für Rüstungsgüter entwickelt werden. Konkret schlagen wir vor (Seite 64):

- *Die Zulassung von Rüstungsgütern in einem EU-Staat gilt künftig zugleich für alle anderen („Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens“).*
- *Maßstab für die Beschaffung von Rüstungsgütern ist allein der notwendige Bedarf und nicht die Befriedigung industriepolitischer Partikularinteressen.*
- *Der Bundestag bleibt an der haushaltsmäßigen Freigabe von Beschaffungen beteiligt, aber der Betrag für die Einzelzustimmung wird deutlich angehoben und das Verfahren erheblich beschleunigt.*

Verwirklichungschancen (Seite 69ff)

Beschaffungswesen (Seite 71):

Unseren Vorschlägen entsprechen auch die Koalitionsvereinbarungen zu langfristiger Planungssicherheit für die Bedarfe der Bundeswehr und für ein Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz für die Bundeswehr (Z. 4136-4140). Besonders wichtig ist folgende Absicht: „Bereits erfolgte Zertifizierungen und Zulassungen von Partnernationen erkennen wir dort wo möglich an und verzichten auf eine erneute Durchführung.“ (Z. 4173- 4175). Denn so lässt sich die Zeitspanne von der Beschaffung neuer Rüstungsgüter bis zu deren Einsatzfähigkeit um Jahre verkürzen. Wir begrüßen ebenso die Empfehlung im Koalitionsvertrag, die Höhe des Schwellenwertes für Beschaffungsvorlagen im Deutschen Bundestag zu erhöhen (Z. 4176), also die Summe, ab deren Höhe das Parlament einem Beschaffungsvorhaben zwingend zustimmen muss, und schlagen vor, diesen Betrag von derzeit 25 Millionen auf 250 Millionen Euro hochzusetzen.

Bewertung des VBB:

Die zweite und die dritte Forderung entsprechen exakt dem im Juni 2025 veröffentlichten Forderungskatalog des VBB.

Die erste Forderung wird von uns ebenfalls mitgetragen, weil sie zu einer Beschleunigung der Beschaffung führen würde und die europäische Interoperabilität fördert.

Insgesamt ist der Ergebnisbericht der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ eine lesenswerte Lektüre für alle diejenigen, die nach Problemlösungen suchen. Wie oben dargestellt, ist jedoch ein kritischer Blick auf die Forderungen geboten. Der VBB teilt zumindest die Forderung zu de facto mehr Militär in der Verwaltung mit Blick auf die gravierenden Folgen auf die personelle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte definitiv nicht. Wir müssen die Kräfte - heute mehr als gestern - bündeln und zügig die Truppe personell voll besetzen.

